

Kinderarmut im 12-reichsten Land

Kalte Wohnung, Probleme in der Schule, weniger Chancen – Realität für hunderttausende Kinder in Österreich. Schockierende Zahlen, die zynischen Antworten der Politik, ein krankes System und seine Krisen. Wie hierzulande Armut weitervererbt wird und was die bürgerliche Familie damit zu tun hat. Dass Krokodilstränen nichts bringen, ist klar, aber was dann?

Seite 2

Ein Sozialist im EU-Parlament

Erstmals seit 1945 gab es bei den Lokalwahlen in England & Wales eine breit antretende linke Alternative: Die Trade Union and Socialist Coalition (TUSC), in der die Socialist Party (CWI in England & Wales) eine Schlüsselrolle spielt, trat für mehr als 500 Mandate in 90 Gebieten an und erhielt über 65.000 Stimmen. Ein Schritt zu einer neuen ArbeiterInnenpartei.

Seite 12

Schwerpunkt

Der 1. Weltkrieg ist nicht einfach passiert, sondern war der Kampf der imperialistischen Staaten Europas um Einfluss, Macht und Geld. Und die Sozialdemokratie unterstützte die Kriegstreiber. Seiten 7-10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Normalpreis €1,-
Solipreis €2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 229 | 06.2014



927 Milliarden Euro. So viel besaßen die reichsten 10 % der österreichischen Bevölkerung Ende Mai 2014. Das sind etwa 70 % des Gesamtvermögens. Uns, den restlichen

dem „Reichtumsticker“ der AK Linz um 900 Euro pro Sekunde.

Wenn uns nun PolitikerInnen, egal welcher Farbe, einreden wollen, dass nun mal gespart werden müs-

an zuhäufen. Das Budget 2014/2015, das nun einhellig beschlossen wurde, wird Kürzungen bei Bildung und Sozialem, bei Gesundheit und bei Jobs bringen. Die Reichen werden wieder kaum zur Kasse gebeten. Auch bei der Debatte um die Steuerreform sind die Vorschläge der SPÖ nichts als ein sehr kleiner Tropfen auf einen sehr großen, sehr heißen Stein. Österreichs Reiche sind „so reich wie noch nie“ (orf.at), gleichzeitig haben wir die höchste Arbeitslosigkeit seit 2014, eine Aushöhlung des Sozialstaats und eine Pleitewelle.

Dieser skandalöse Zustand kann nicht schön-

gefärbt, ausgesessen oder mit symbolischen Maßnahmen zurechtgerückt werden. Wir können uns die Superreichen nicht mehr leisten! Die Superreichen haben sich ihr Geld nicht „erarbeitet“. Die reichsten 20 % stellen 60 % der Erbschaften in Österreich. Mateschitz, Stronach & Co wurden reich durch Ausbeutung und Auslagerung. Die Reichen eignen sich privat an, was wir alle, als Gesellschaft, an Wert produzieren. Der Staat schützt sie dabei. Das ist das Grundprinzip des Kapitalismus – und es wird von Tag zu Tag unerträglicher. Wir brauchen ausfinanzierte Schu-

len, Spitäler und Sozialeinrichtungen. Wir brauchen ausreichend gut bezahlte Jobs und leistbare Mieten.

Das alles ist möglich, das Geld dafür ist da. Holen wir es uns, wo es ist!

Sebastian Kugler

Österreichs Reiche sind so reich wie noch nie – es ist also genug Geld da!

90 %, bleiben gerade mal die übrigen 30 %. Alleine das reichste Prozent der ÖsterreicherInnen besitzt laut einer Studie 469 Milliarden – mehr als die unteren 90 %. Das Vermögen der Reichen wächst laut

se, weil kein Geld da sei, dann ist das eine schlichte Lüge. Während es für uns seit Jahren Kürzungen und Verschlechterungen hagelt, konnten die Reichen die Krise ausnutzen, um noch mehr Vermögen

Die SLP fordert:

- Rücknahme aller Kürzungen der letzten Jahre!
- Enteignung der Superreichen!
- Weg mit Massensteuern wie der Umsatz- und Mehrwertsteuer.
- 10 Milliarden EUR für Bildung & Soziales – Jetzt!

Der Standpunkt



von Sonja Grusch Der ÖGB geht in die Offensive. Endlich! Er macht eine Kampagne. Gut so! Für...eine Steuerreform! Aha?! Denn: "Die Gewerkschaften verhandeln jährlich gute Lohn- und Gehaltserhöhungen", aber wegen der Steuer "kommen die Erhöhungen bei den ArbeitnehmerInnen nicht an." (ÖGB). Da ist viel über „kalte Progression“ und hohe Eingangsteuersätze zu hören. Richtige Argumente, doch wenn der ÖGB behauptet, die Lohn- und Gehaltsabschlüsse wären „gut“, lügt er. Es ist seit einigen Jahren Taktik der Gewerkschaftsführung, die Verantwortung für Reallohnverluste „auszulagern“. Tatsächlich sind aber schon die Abschlüsse oft gerade mal an

Nicht entweder oder, sondern sowohl als auch

der Inflationsrate. Die offizielle Inflation ist aber zu niedrig, z.B. die Mieten steigen weit stärker. Da bedeuten diese Abschlüsse also schon Reallohnverluste. Und dann kommt noch die „kalte Progression“ oben drauf. D.h. die gesamte Kampagne des ÖGB beschäftigt sich nur mit einem Teil des Problems. Wenn Foglar & Co. glauben, dass die Beschäftigten, die unter niedrigen Abschlüssen leiden, darauf reinfallen, dann irren sie sich. Austritte nach abgesagten und abgebrochenen Streiks, Resolutionen und Proteste von Betriebsräten sowie wütende Mails und Anrufe von Mitgliedern sprechen eine andere Sprache.

Wenn eine Kampagne für eine Steuerreform nur ein weiterer Versuch ist, den nächsten Wahlkampf für die SPÖ zu machen, wird nichts rauskommen. Doch sie kann auch ein gutes Instrument sein, um die Sparlogik der Regierung zurückzuweisen. Dazu muss aber ein Kurswechsel des ÖGB durch das Organisieren von Druck von unten erzwungen werden. Denn bisher hat er dem Kürzungspaket zugestimmt. Mit diesem Kurswechsel muss ein radikaler Kurswechsel auch bei KV-Verhandlungen einhergehen, um Abschlüsse zu erkämpfen, die deutlich über der Inflation liegen. Weil nämlich beides notwendig ist, um die Verluste der letzten Jahre endlich wettzumachen.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP),
Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien,
Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 08202021 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733

„Die kleinste Zelle der Gesellschaft ist die Familie“?

Ein konservatives Familiensymbol verschlechtert die Situation von Kindern. Denn niemand kann beeinflussen, in welche familiären Umstände man geboren wird – ob die Eltern bemüht, brutal, arm oder reich etc. sind, ist Zufall. Doch jedes Kind hat das Recht auf optimale Unterstützung und ein Umfeld, das Sicherheit zum Entwickeln, Lernen und Forschen gibt. Bei einem Rückzug des Staates, wenn das Schicksal der

Kinder fester an die Familie gebunden wird, erhöht das die Ungerechtigkeiten. Denn die Familie bestimmt sozialen Status, Bildungs- und Jobchancen, Gesundheitslage und ob man Gewalt und Übergriffen ausgesetzt ist. Die Idee der „Familie“ als eine isolierte Schicksalsgemeinschaft, in der Eltern „ihre“ Kinder quasi besitzen und über sie verfügen, setzt die gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten fort.



Anteile an Kindern nach Gesellschaftsschichten, die in Sonderschulen gehen:

19 Prozent
Kinder aus
der
Unterschicht



1 Prozent
Kinder
aus der
Oberschicht



Grafik: SH 2014

Kinderarmut im 12-reichsten Land

Krisenbedingt steigt auch hierzulande die Armut. Die schwächsten Opfer dieser Entwicklung sind Kinder. Appelle ihnen zu helfen

ein irres System mit Regeln, die immer wieder zu Krisen führen und Menschen den Job wegnehmen, die Sozialhilfe streichen oder sie bei

sozialen Herkunft krankheitsgefährdet und für Urlaub wäre auch was übrig. Während der Staat mit Milliardenpaketen stabi-

Wer Sparpakte schnürt, produziert Kinderarmut: Armut und Bildungschancen werden „vererbt“.

gibt es viele. Doch die Krokodilstränen aus der Politik, von Frau Fischer & Co. werden daran nichts ändern. Die Spenden an Caritas und ähnliche Institutionen können das Loch, das die Kürzungen der Regierung, Stellenabbau und Lohnsenkungen reißen, nicht stopfen. Armut ist nicht das Ergebnis von Dummheit oder Unfähigkeit – sondern Teil des Kapitalismus. Denn da steht der Profit im Vordergrund,

Krankheit ohne Unterstützung lassen.

Armut ist nicht das Ergebnis von Mangel, sondern von falscher Verteilung: Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt 469 Milliarden. Die Hypo verbrennt wahrscheinlich über 19 Milliarden. Das könnte alle Wohnungen heizen, Mieten bezahlen, Schulausgaben decken, niemand müsste beim Essen sparen, kein Kind wäre aufgrund seiner

lisierend eingreift, um die Gewinne zu stützen, wird bei uns gespart. Gesundheits- und Bildungswesen werden immer mehr ausgehöhlt, die Aufgaben an die Familien abgeschoben – „Die (alleinerziehende) Mama wird's schon richten!“. Das Geld der Profiteure und großen Unternehmen bleibt unberührt. Die herrschende Politik nimmt also Armut bei Kindern bewusst in Kauf.

Jan Millonig



Sozialismus heißt „Vergesellschaftung“ der Aufgaben

Eine sozialistische Gesellschaft schafft die Voraussetzung dafür, dass jedes Kind einen optimalen Rahmen vorfindet. Durch die Übernahme der Wirtschaft und aller anderen Lebensbereiche durch die Gesellschaft können die Ressourcen demokratisch allen zur Verfügung gestellt werden. So können auch die Pflege, Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern zu einer Aufgabe der Gesellschaft werden und müssen nicht in der Familie hängen

bleiben. Kommunale Unterstützungsnetze durch Profis gewährleisten, dass Kinder unabhängig von ihren familiären Verhältnissen optimal versorgt sind. Es geht nicht darum, den Eltern „ihre Kinder“ weg zu nehmen, sondern darum, dafür zu sorgen, dass sie ihnen nicht ausgeliefert sind. Das beendet auch Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse und schafft die Grundlage für ein gleichberechtigtes Zusammenleben.



Nach der Wahl ist wie vor der Wahl

Der Ausgang der EU-Wahlen ist in weiten Teilen nicht überraschend. Es gibt Erstreckendes wie die Erfolge der extremen Rech-

das Lager der NichtwählerInnen mit über 50 %. In Österreich konnte die FPÖ das Protestpotential nur teilweise aufsaugen. An-

Recht nicht als neue Qualität wahrgenommen, v.a. weil EA nicht Teil der stattfindenden Bewegungen und Kämpfe war.

Tag, das Sparpaket, Angriffe auf Bildung, Pensionen und Gesundheit zu organisieren. Die Linke und linke GewerkschafterInnen stehen vor einer wesentlichen Aufgabe: nicht den etablierten Parteien oder einem vermeintlich notwendigem Pragmatismus die Stange halten, sondern endlich eine wirkliche linke Alternative aufzubauen, die Kämpfe initiiert, organisiert und führt. Wir brauchen dringend eine neue ArbeiterInnenpartei mit sozialistischem Programm. Nur so kann verhindert werden, dass die extreme Rechte von Wut und Enttäuschung über das Establishment und die kapitalistische Krise profitiert.

SLP-Bundesleitung

Angesichts des etablierten Einheitsbreis brauchen wir endlich eine ArbeiterInnenpartei mit sozialistischem Programm!

ten und Erfreuliches wie die Erfolge von Syriza & Co. Die langfristig bemerkenswerteste Tatsache ist allerdings die stetig sinkende Wahlbeteiligung und in den allermeisten Ländern das Fehlen einer ernsthaften linken Alternative. Doch diese brauchen wir nach der Wahl erst recht.

Die Wahlbilanz: Absoluter Wahlsieger ist europaweit

gesichts der Tatsache, dass sie die einzige „EU-kritische“ Liste mit Chance auf Mandate war, ist ihr Abschneiden verhältnismäßig schwach. Die EU-Wahl spiegelt v.a. die Ablehnung des herrschenden Establishments und der zur Wahl stehenden Parteien wider. Europa Anders (KPÖ, Piraten, Wandel) blieb ein Wahlverein für Martin Ehrenhauser und wurde zur

Doch nach der Wahl sind die Probleme die gleichen wie vorher: Die Herrschenden haben nur die Wahl abgewartet, bis die nächsten Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse beginnen. Denn die Krise ist alles andere als vorbei, in Österreich wie im Rest von Europa werden die nächsten Kürzungen vorbereitet. Hier gilt es Widerstand gegen den 12-Stunden-

Der rechte Rand

In der Nacht auf den 17.5. wurden in Salzburg sechs Regenbogenfahnen von der Staatsbrücke gerissen. Vermutet wird ein Zusammenhang zu den in letzter Zeit zahlreichen Vandalismus-Aktionen einer faschistischen Gruppe in Salzburg (z.B. Zerstörung eines NS-Euthanasie-Mahnmales). Abgesehen von ideologischen Querschüssen („spartanische Kriegerliebe“, Michael Kühnen) war und ist die Nazi-Szene extrem homophob. Faschistische Ideologie braucht die „heilige Familie“. Eine starke Vaterfigur als „Führer“, eine devote Ehefrau, die nicht mehr ist als „Mutter“ und Kinder, die lernen, Autoritäten ungefragt zu gehorchen. Die Familie ist die Keimzelle einer autoritären Gesellschaft. Personen, deren Beziehungsformen nicht in dieses Schema passen, „gefährden“ das und werden als „Schädlinge“ gesehen.

Diese Ansicht teilen Nazis mit christlichen Fundis und AbtreibungsgegnerInnen, was immer wieder zu Kollaborationen führt. So marschierten in Frankreich Rechtsextreme und reaktionäre Kirchenkreise Schulter an Schulter gegen die Gleichstellung Homosexueller. In Russland erlässt der Staat auf Druck der Kirche homophobe Gesetze. Daraus bestärkt, machen FaschistInnen brutale Jagd auf LGBTQI-Personen. Und hier? Beinahe-EU-Kandidat Mölzer veröffentlicht in seiner Zeitung immer wieder homophobe Artikel. Strache unterstützte die homophoben Äußerungen von Alf Poier über Conchita Wurst. Er ist gegen das Adoptionsrecht für Homosexuelle und sieht nur eine Familie, die Kinder produziert, als vollwertig und unterstützenswert an.

Zahlen und Fakten zu Kinderarmut

15,4 % aller Kinder und Jugendlichen bis 17 Jahre sind armutsgefährdet (Gesamtbewölkerung: 13 %) – das sind 234.000. Wenn Kinder in Haushalten leben, in denen es kein oder nur ein sehr geringes Einkommen gibt, steigt diese Quote auf 71 %. 28 % aller Kinder und Jugendlichen leben in Haushalten, die keine unerwarteten Ausgaben über 950,- Euro bewältigen können. Die Folgen sind Ausschluss vom sozialen Leben und Iso-

lierung: Mehr als jedes 4. Kind kann keinen Urlaub machen, die Mitgliedschaft in Vereinen kann nicht bezahlt werden, das Geld fürs Kino ist nicht da und die Kosten für den Schikurs unerschwinglich. Aufgrund der meist desolaten Wohnverhältnisse trauen sich Kinder nicht, andere einzuladen. So fehlt es oft an Freundschaften und Kindheitserlebnissen wie die Einladung zu einem Kindergeburtstag.

Die durchschnittlich 300,- Euro zu Schulbeginn sind oft unbezahlbar. Kinder fallen durch alte oder kaputte Schulsachen auf, können sich nicht altersgerecht kleiden. Geld für Nachhilfe fehlt, sie kommen in der Schule schwerer mit. 80-90 % der Kinder in Sonderschulen stammen aus armen Verhältnissen. 19 % der Kinder aus der Unterschicht sind in einer Sonderschule – nur 1 % der Oberschicht-Kinder.

Kinder aus armen Verhältnissen haben eine schlechtere Zahngesundheit, sind in Folge schlechter Ernährung häufiger übergewichtig und haben mehr psychiatrische Diagnosen. Sie sind häufiger in ihrer Sprachentwicklung und in ihrer motorischen Entwicklung verzögert. Schlechte Wohnverhältnisse und nicht angemessene Heizung sind oft der Grund für langandauernde Erkältungserkrankungen und Allergien.

Am 15.5. fand der größte Streik der Geschichte von Fast Food ArbeiterInnen statt. In 150 Städten in den USA und 30 anderen Ländern legten die Beschäftigten in Protesten für einen Mindestlohn von 15 Dollar und Gewerkschaftsrechte die Arbeit niedert. Der Protesttag ist der vorläufige Höhepunkt einer Zunahme von Kämpfen im Niedriglohnbereich. In einigen Städten der USA konnten schon kleine Erhöhungen des Mindestlohns erreicht werden. Trotz der Dimension der Proteste vom 15.5. war die Anzahl der Restaurants, die tatsächlich geschlossen blieben (was ja das Ziel eines Streiks ist) relativ niedrig.

Frisch gekämpft, ist halb gewonnen!

In vielen Städten benützten die Gewerkschaften die Kampagne mehr als PR-Gag. Anders in Seattle: Hier gelang es Socialist Alternative (Schwestergesellschaft der SLP) einen Sitz im Stadtrat zu gewinnen und die Kampagne „15 Now“ aufzubauen. Dadurch konnte soviel Druck auf den Bürgermeister von Seattle aufgebaut werden, dass dieser einen Plan zur Erhöhung des Mindestlohns auf 15\$ verkünden musste – was eine Erhöhung um 60 % bedeutet. Der Schlüssel dazu: Die ArbeiterInnen haben sich selbst in Nachbarschaftsgruppen organisiert und konnten so einen Linksruck der Gewerkschaften erreichen. Um einen Sieg einzufahren, ist es von grundlegender Bedeutung, eine Bewegung aufzubauen, die die ArbeiterInnen dahingehend stärkt, dass sie es selbst mit den Bossen aufnehmen, anstatt darauf zu warten, dass jemand anders dies übernimmt.

Brettros

Streiken gegen Schließungen!

Obwohl die Lohnstückkosten in Österreich unter dem EU-Durchschnitt liegen, wandern Firmen ab – in einigen Ländern ist die Profitspanne noch höher. Für Schlagzeilen sorgte VOEST-Chef Eder mit der Drohung, den Betrieb in die USA zu verlagern. Solche Aussagen sollen einerseits Druck auf KollegInnen und Gewerkschaften erzeugen, immer schlechteren Arbeitsbedingungen und Löhnen zuzustimmen. Andererseits schließen tatsächlich immer mehr Industriebetriebe: „Wollsdorf Leder“ verlegt ein Werk von Weiz nach Kroatien (minus 200 Jobs), die KBA Mödling die

verhindern sollen, zeigen keine Wirkung: So schickte die VOEST 2009 4.200 Beschäftigte in staatlich geförderte Kurzarbeit – seither wurden 2.000 Stellen abgebaut.

Die Gewerkschaften sind wie gelähmt, fordern „Qualitätsoffensiven“ und verhandeln Sozialpläne. Sie schaffen es aber kaum einmal, ernsthafte Proteste zu organisieren, wenn Jobs auf dem Spiel stehen. Breite Kämpfe gegen Betriebschließungen sind wichtig und notwendig. Wo es Ansätze dafür gibt ist die SLP aktiv und solidarisiert sich mit den KollegInnen (KBA-Streik, VAI-Pro-

Immer mehr Betriebe verlagern die Produktion – Kampfmaßnahmen bis hin zu Betriebsbesetzungen sind nötig!

Produktion nach Nürnberg, wo Niedriglöhne bezahlt werden (minus 385 Jobs). Die Linzer Siemens-VAI soll an Mitsubishi verkauft und der Firmensitz nach England verlegt werden (minus 200 Jobs allein 2014). Staatliche Subventionen, die Stellenabbau

testmarsch,...). Dabei ist es wichtig, nächste Schritte zu planen, sich mit anderen Standorten international zu vernetzen und klarzumachen, dass Jobs im kapitalistischen System nie sicher sind. Solange für Profite gewirtschaftet wird, sind Konzerne



auf der Suche nach billigen Arbeitskräften, speziell in der Krise. Die Beschäftigten schaffen die Werte in einem Unternehmen. Es ist ihr Recht, Schließungen und Stellenabbau mit Betriebsbesetzungen zu verhindern. Doch letztlich ist es notwendig, die gesamte

Industrie unter demokratische Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten zu stellen. Denn wer die kapitalistische Logik akzeptiert, wird am Ende auch Lohnkürzungen und miese Arbeitsbedingungen rechtfertigen.

Flo Klabacher

GPA-Regionalkonferenz Wien kippt 2-Jahres-KV



Am 15. Mai fand die Regionalkonferenz des WB 17 (Gesundheit, Soziales) in der GPA-djp statt. Überraschung für die Gewerkschaftsführung inklusive. Nach Kritik an den Lobsymbole über die auch so erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit der letzten Jahre wurde auch über den – einzigen – Antrag abgestimmt.

Herbert Wanko, Aktivist der SLP und Betriebsrat bei Jugend am Werk, stellte den Antrag zur Aufnahme von

neuen Lohn- und Gehaltsverhandlungen für 2015 des Leit-KV für den privaten Sozial- und Gesundheitsbereich.

Warum? Im Herbst 2013 startete die Initiative „Wir sind sozial, aber nicht blöd“ – eine Mobilisierungskampagne für die KV-Verhandlungen. Viele KollegInnen und BetriebsräteInnen unterstützten sie und machten deutlich, dass sie bereit sind, für einen ordentlichen Abschluss zu kämpfen. Trotzdem wurde im Jänner

– fast geheim – einem niedrigen 2-Jahres-Abschluss zugestimmt.

Die Annahme des Antrags zeigt, was die KollegInnen von diesem Abschluss und von abgehobener StellvertreterInnenpolitik halten. Nun gilt es, den Beschluss in anderen Bundesländern zu wiederholen und Druck aufzubauen, dass er umgesetzt wird – und dann mit einer kämpferischen Kampagne ein ordentlicher Abschluss erreicht wird.

Erster Erfolg gegen 12-Stunden-Tag!

Widerstand bringt's! Die Regierung hat's im Programm, Wirtschaftsminister Mitterlehner (ÖVP) hatte es Anfang April angekündigt: die Ausdehnung der täglichen Maximalarbeitszeit auf 12 Stunden.

Auf Initiative der SLP formierte sich ein breites Aktionsbündnis von knapp 20 Organisationen dagegen. Und: ein erster Teilerfolg wurde bereits erreicht. Die kämpferische Kampagne sammelte Unterschriften, organisierte Kundgebungen und eine Demonstration am 12. Mai und brachte in der AK Resolutionen ein. Nun wurde bekannt, dass „Spannungen“ zwischen den VerhandlerInnen von ÖGB und Wirtschaftskammer einen Beschluss vor dem Sommer unwahrscheinlich machen! Wieder einmal hat sich gezeigt, dass man durch Druck auf die Gewerkschaft (auch wenn ÖGB-BürokratInnen das nie zugeben würden) diese zum Handeln bzw. zum Kurswechsel zwingen kann.

Der Zuspruch von PassantInnen ist enorm hoch, vielen ist bewusst, dass aus der „Ausnahme“ rasch für viele die Regel würde. Viele sind zu Recht wütend darüber, dass es zu weiteren Verschlechterungen kommen soll. Wir sammelten am 1. Mai erfolgreich in Wien, Graz, Salzburg, Linz und Innsbruck Unterschriften. Alleine die

Moritz C. Erkl

SLP hat bereits über 800 der ca. 1.300 Unterschriften gesammelt, von denen die ersten 1.000 am 8. Mai bei der Wiener AK-Vollversammlung übergeben wurden.

Doch das Aktionsbündnis plant weitere Aktionen, im Herbst u.a. auf Vorschlag der SLP eine österreichweite Konferenz, um kämpferische BetriebsrätiInnen, GewerkschaftsreInnen und Erwerbstätige in die Kampagne einzubeziehen und die Bewegung breiter zu machen!

Dabei dürfen wir nicht stehen bleiben. Um konsequent gegen die ständig steigende Arbeitslosigkeit (im Vergleich zum Vorjahr ist die Arbeitslosigkeit in Österreich im April um 10,5 % auf 390.289 Personen gestiegen) vorzugehen, benötigen wir keine Moppelkugel im Sinne des österreichischen Kapitals (Stichwort: Arbeitszeitflexibilisierung).

Durch eine breite Bewegung, Demonstrationen und Streiks (im Notfall auch ohne Gewerkschaftsbürokratie) ist es möglich, den 12-Stunden-Tag nicht nur abzuwenden, sondern eine Arbeitszeitverkürzung und die 6. Urlaubswoche für alle zu erreichen. Wie man eine Kampagne dafür führen kann, zeigt das Aktionsbündnis gegen den 12-Stunden-Tag.

Moritz C. Erkl



Kein Platz den FaschistInnen

Wien, 11 Uhr, Christian-Broda-Platz. Ca. 1000 AntifaschistInnen trafen sich, um den Aufmarsch der „Identitären Bewe-

teten Demonstrationszug. Unsere Message war klar: Nationalismus ist keine Antwort auf die Krise! Auf Flugblättern informierten

Hinter dem neuen Auftreten stecken weiterhin die alten Ideologien. Trotz massiver Polizeigewalt (willkürlicher

Am 17. Mai demonstrierten in Wien 1.000 AntifaschistInnen gegen den Aufmarsch der Identitären.

gung“ zu verhindern. Es sollte die größte Kundgebung von Rechtsextremen und FaschistInnen seit Jahren sein, doch mit Hilfe der lautstarken Gegen-DemonstrantInnen gelang es, ihnen keine Bühne zu geben.

Die SLP beteiligte sich mit zahlreichen GenossInnen und Transparenten an dem von der „Offensive gegen Rechts“ veranstal-

wir PassantInnen über die wahren Hintergründe der Identitären, was es mit der „Festung Europa“ auf sich hat, und warum man die soziale Misere nicht auf nationaler Ebene, sondern international bekämpfen muss. Vielen war gar nicht bewusst, dass der von den Identitären propagierte Ethno-pluralismus nichts anderes ist, als die altbekannte „Blut-und-Boden“-Leier.

Einsatz von Pfefferspray und Schlagstöcken, 38 Verhaftungen) gelang es uns, den Aufmarsch der Identitären in unbelebte Seitengassen zu verdrängen. Ein Erfolg für alle AntifaschistInnen! Die SLP wird als Teil der „Offensive gegen Rechts“ auch weiter gegen jeden rechten Aufmarschversuch mobilisieren.

Dominik Unter

Salzburg: Demo gegen FPÖ und Nazi-Vandalismus

Am 14.5. waren die FPÖ-Chefhetzer Strache und Vilimsky mal wieder in Salzburg um, anlässlich der EU-Wahl ihre menschenverachtenden Parolen zu verbreiten. Auf Initiative der SLP als Teil der Plattform gegen Rechts, kamen hunderte AntifaschistInnen zusammen, um dagegen zu protestieren. Der Protest bekam zusätzliche Be-

deutung, da in der Nacht vor der Demo das Mahnmal für die Opfer der NS-Euthanasie (der Demotreffpunkt) von Neonazis zerstört wurde. Lukas Kastner von der SLP betonte in seiner Rede die Notwendigkeit, sowohl Nazivandalismus als auch die rassistische Hetze der FPÖ und ihre sozialen Wurzeln zu bekämpfen.

Termin des Monats



Brasiliens WM und Widerstand

Die Regierung baut Prunkstadien für die WM, während die Bevölkerung in Armut versinkt. Stadtteile werden plattgewalzt um Profiten den Weg zu pflastern. LSR, die Schwesterorganisation der SLP, steht bei den Protesten dagegen in der ersten Reihe. Mit Statements aus Brasilien und von hier wollen wir über die dortige Situation und Perspektiven für den Widerstand diskutieren.

2. Juli, 19:00, Amerlinghaus (Stiftgasse 8, 1070 Wien)

Am Ende standen ein „Weihnachtsfriede“ und die „Nachdenkpause“, wie sich der damalige Bundeskanzler Sino-watz (SPÖ) ausdrückte. Bis heute wird die Besetzung der Hainburger Au vom Dezember 1984 gerne als erfolgreichste „soziale Bewegung“ der 2. Republik dargestellt. Und tatsächlich war es der massive Protest von AktivistInnen breiter Schichten, der – von der Gendarmerie niedergeprügelt – die Verbauung der Au verhinderte.

Nicht verhindert haben die Verbauung die teils ÖVP-nahen Propri-entInnen, die am 7. Mai vor dreißig Jahren unter Mithilfe der „Kronenzeitung“ mit der „Pressekonferenz der Tiere“ das

Rote Seitenblicke

Konrad Lorenz-Volksbegehren prominent präsentierten. Wie etwa der Publizist Günther Nenning (Auhirsch), laut Eigendefinition ein „Rot-Grün-Hellschwarzer“, der bis zu seinem Tod 2006 für die „Krone“ arbeitete und abstruse Bücher über Schutzengel schrieb. Oder der großbürgerlich-liberale Wiener ÖVP-Stadtrat Jörg Mauthe (Schwarzstorch). Der Europaparlamentarier und Waldheimschwiegersohn Othmar Karas (Kormoran) war Nationalrat und Bundesobmann der Jungen ÖVP; als Chef der FPÖ-Jugend war der spätere FPÖ/BZÖ-Verkehrsminister Hubert Gorbach (Blaukehlchen) dabei; und selbst der „Arbeiterdichter“ Peter Turrini (Rotbauchunke) gehörte 1984 zum Establishment.

Aus der Bewegung heraus konnten sich zwar die Grünen unter Freda Meissner-Blau (damals SPÖ, Laufkäfer) als vierter, angeblich alternative Parlamentspartei etablieren; aber „Au!“ – auch sie sind längst im pragmatischen Establishment angekommen.

Alexander Svojtko



Weil LGBT-Rechte nicht Wurst sind!

Viele haben sich über Conchitas Songcontest-Sieg gefreut – weil er als Schlag gegen Homophobie und reaktionäre Kräfte gesehen wurde. Er drückt da-

bie für Hetze gegen Russland missbraucht. Sie tun das ohne zwischen Bevölkerung und Regierung zu differenzieren und ohne vor der eigenen Haus-

aus dem Wurst-Sieg Profit zu schlagen. Nicht vergessen soll auch werden, dass die Regierung recht froh ist, dass die Wurstmania die Hypo und die

für LGBT Rechte, ihr „Kampf“ beschränkt sich aber auf schöne Worte. Am Arbeitsplatz und bei der Arbeitssuche sehen sich LGBT-Personen mit Diskriminierung konfrontiert. Es ist gut, dass Conchita ein politisches Statement gesetzt hat. Aber das reicht nicht. Promis können Kämpfe unterstützen, aber nicht ersetzen. Wir müssen eine Bewegung aufbauen, die Gleichberechtigung erkämpft und den Kapitalismus in Frage stellt. Nur in einem System, das nicht auf Ausbeutung beruht und dessen Kern nicht die „traditionelle Familie“ ist, werden alle Lebensmodelle auch vollständig gleichwertig sein.

Laura Rafetseder

Gemeinsame LGBT-Bewegung aufbauen statt Hetze und Profitmacherei der Herrschenden!

mit einer Stimmung aus. Selbst in Russland hat das Publikum Conchita auf den 3. Platz gewählt, ihr Lied ist dort ein Download-Hit. Aber der Songcontest ist immer auch ein Propagandainstrument der herrschenden Klassen der EU. Ihnen geht es nicht um LGBT Rechte. Sie haben Conchitas Sieg flugs als Schlag gegen Putin umgedeutet und die Stimmung gegen Homopho-

tür zu kehren. Denn im Unterschied zu den Menschen, die für Conchita gestimmt haben, sind die europäischen Regierungen, die sich nun furchtbar „liberal“ und „tolerant“ geben, schon ordentlich scheinheilig. Allen voran die österreichische Regierung und Unternehmen, die jetzt fleißig Wurst-Patriotismus verbreiten. Wursthersteller nutzen die „Wurstwelle“ z.B. um

Budgetdebatte überdeckt. Mit LGBT Rechten schaut es bei uns alles andere als rosig aus.

LGBT-Personen die in Österreich Asyl suchen, werden sexuell diskriminiert und abgeschoben. Die ÖVP zeigt mit ihrer Weigerung, z.B. ein Adoptionsrecht für LGBT-Personen einzuführen, auf welcher Seite sie steht. SPÖ und Grüne sind zwar

Von der „Neutralität“ im Sport

Sportevents dienen im Kapitalismus v.a. dazu, Menschen davon abzulenken, was sie tatsächlich stört. Auch sind sie ein Instrument, um Feindschaften innerhalb einer Klasse durch „Patriotismus“ etc. zu säen. Doch noch eine gefährlichere Rolle ist jene der systemstützenden Propaganda. Stark sichtbar wurde dies beim Boxkampf Vladimir Klitschko gegen Alex Leapai. Der ältere Klitschko-Bruder, Vitali, ging nach dem Boxen

in die Politik – nun nützt er die Auftritte des Bruders für seine Kandidatur zum Kiewer Bürgermeister. Die Show war daher ein Konglomerat aus nationalistischen Symbolen (ukrainisches Wappen auf Vladimirs Rücken), dubiosen Slogans („Ehre der Ukraine“) und einem Meer von Fahnen. Vladimir gewann den Kampf hoch überlegen, und auch wenn das im Rahmen seiner Durchschnittsleistungen liegt, so stellt sich wegen des auffällig de-

saströsen Auftritts seines Gegners die Frage, ob das nicht abgemacht war. Klitschkos Partei steht den europäischen Volksparteien nahe, und die Show deckt sich mit den Interessen der deutschen und europäischen Machthabenden, die ihren Einfluss in der Ukraine ausbauen wollen. Eine pro-russische oder linke Show hätte man sicher nicht zugelassen. Da hätte es geheißen: „Neutralität im Sport muss sein“.

Clemens Wiesinger



„Weihnachten sind wir wieder zu Hause!“

Mit Juni 1914 bricht der 1. Weltkrieg aus. Ein schrecklicher, noch nie dagewesener Krieg überzieht Europa und schließlich die Welt. Eine Überraschung war der Kriegsausbruch trotzdem nicht. Schon seit Ende des 19. Jahrhunderts standen die Zeichen ganz offensichtlich auf Sturm. Die Politik bemühte sich auch gar nicht um Geheimhaltung. Ganz im Gegen-

mobilisierte die internationale Sozialdemokratie mit eigenen Kongressen gegen den kommenden Krieg. Überraschend sieht anders aus.

Im Nachhinein und bis heute allerdings wird versucht die Geschicke umzuschreiben. Der Ausbruch des Krieges sei ein riesiges Missgeschick gewesen, das mehr oder minder zufällig passiert

Ereignisse. Dass der Krieg aber dann wirklich 1914 ausgebrochen ist, war eine bewusste Entscheidung. In Wien, Berlin, Paris, London und Moskau wollte man den Krieg – notfalls auch durch einen nebensächlichen Auslöser wie eben das Attentat in Sarajewo. Unterschiedlicher Meinung waren die herrschenden Eliten dabei lediglich bei der Intensität, der Ausbreitung

gen den Irak schließlich präsentierte der britische Premier Tony Blair bewusst offensichtlich gefälschte Beweise über angebliche Massenvernichtungswaffen im Irak. Von damals bis heute – alles Lüge, auch im Fall von Sarajewo.

Belogen aber wurden vor allem auch die Menschen in den jeweiligen Ländern. Schließlich muss-

ten die Deutschen als das große Kulturvolk der großen Dichter sehen. Briten und Franzosen hingegen präsentierten die Deutschen als die barbarischen Hunnen. Mit der wirklichen Lebensrealität der Menschen quer über alle Grenzen hinweg hatte das aber nichts zu tun. Hier herrschten die gleichen Interessen nach einem besseren Leben, höheren Löhnen und weniger Arbeitszeit.

Das Attentat in Sarajewo – beim Finden von „Gründen“ für Kriege waren sie schon immer erfinderisch.

teil, die Diplomatie der Großmächte versuchte offen, sich durch Bündnisse in eine möglichst günstige Ausgangssituation zu bringen. Im deutschen Reichstag wurde über mögliche Kriegsziele diskutiert. 1897 forderte Bernhard von Bülow (späterer Kanzler im Reichstag): „(...) wir verlangen unseren Platz an der Sonne.“ Das hieß Kolonien, Absatz- und Rohstoffmärkte. Auf der Gegenseite

sei. Niemand hätte wirklich einen Krieg gewollt. Also quasi ein Auslöscher. Dabei wird die Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Sarajewo zu dem einschneidenden Ereignis schlechthin hochstilisiert nach dem kein Frieden mehr möglich war. In Wirklichkeit aber gab es die Jahre zuvor mit den Marokko-Krisen oder der Annexion Bosniens durch Österreich bedeutendere

und des jeweils bestmöglichen Zeitpunkts.

Das finden von Auslösern und „Gründen“ für Kriege beschäftigt Politik und Diplomatie bis heute. Hitler hat einen polnischen Überfall auf einen Radiosender vorgetauscht, die USA einen Angriff auf ihre Kriegsschiffe „Maddox“ und „Turner Joe“ um Vietnam und Indochina „in die Steinzeit zurück zu bomben“. Und beim Krieg ge-

te erklärt werden, warum „der Russe“ jetzt ein Feind „des Deutschen“ sei. Mit der Hochrüstung ging eine unglaubliche nationalistische Propaganda einher. Den Nationen wurden Charaktereigenschaften zugeschrieben. In der Schule wurde den Kindern eingebläut, dass der Russe halt unkultiviert und wild sei, der Franzose ein weintrinkender Nichtstuer. Sich selbst aber soll-

Deutsche und Franzosen zogen gleichermaßen aufgestachelt durch die Propaganda jubelnd in den Krieg. Zu Weihnachten wollten sie wieder siegreich zuhause sein. Dieser Jubel ist schnell dem Grauen des Krieges in den Schützengräben gewichen. Zu Hause waren sie zu Weihnachten nicht, dafür aber gibt es Weihnachten 1914 die ersten verbrieften Verbrüderungen unter den Soldaten.

Albert Kropf

Der Krieg als „Bombengeschäft“

Monatliche Kosten im 1. Weltkrieg im Vergleich



durschn. Arbeiterlohn: 440 Euro



Tötung von Soldaten: 15.000 Euro

0 3000 6000 9000 12000 15000

Die pro totem Soldaten verschossene Munition wird nach heutigem Wert auf weit über 15.000 € geschätzt.

Grafik: SH 2014

Zahlen und Fakten:

► **Die Militarisierung** der Gesellschaft: 1870 kam in den großen Industrieländern ein Soldat auf 75-100 ZivilistInnen. Im 1. Weltkrieg lag das Verhältnis bei 1:10 und darüber.

► **Die Aufrüstung** begann viele Jahre zuvor. Beispiel Wettrüsten zur See: Im deutschen Kaiserreich galten die Flottengesetze von 1898 und 1900 als „großes nationales Werk“. Der Abstand zu Britannien wurde trotzdem immer größer, obwohl die deutschen Marine-Rüstungsausgaben 1910/11 über 433 Mio. Mark kosteten. Die hineingepumpten Steuermittel waren derart hoch, dass sogar bedeutende Teile der herrschenden Klassen weiteren Plänen die Gefolgschaft versagten.

► **Konzentration der Produktion:** Der Monopol-Kapitalismus schlug zu. Z.B. Krupp: Auch nach Ende des Flotten-Programms (Krupp liefert Panzerplatten für Kriegsschiffe) brummte das Geschäft. Das Kriegsministerium gab Absatzgarantien, die Oberste Heeresleitung weitete die Kriegs-Subventionen aus. Aus Steuergeldern deutscher ArbeiterInnen wurden neue Produktionskapitäten bei Krupp errichtet. 1914/15 lieferte der Stahlriese monatlich mindestens 150.000 Granaten und 280 Kanonen. 1916 verließen eine Mio. Geschosse monatlich die Werks-

hallen Richtung Front. Ein Bombengeschäft! Gustav Krupp hatte gute Gründe, „Patriot“ zu sein. Im Widerspruch dazu standen lediglich die lukrativen Waffendeals, die an die Entente-Mächte gingen.

► **Ende 1914 Einsatz von Chlorgas.** Es handelte sich bis dahin um ein Abfallprodukt der chemischen Industrie. Es ist potentiell tödlich und somit eine Massenvernichtungswaffe. Die „Badische Anilin- & Soda-Fabrik“ (BASF) konnte sofort täglich 40 Tonnen liefern und Millionen einstreichen. Es gab in der herrschenden Klasse keinen Aufschrei aus ethisch-moralischen Überlegungen. Zweifel kamen nur auf, da ja der Wind drehen könnte ...

► **Die Gesamtproduktion** an Granaten während des Weltkriegs wird auf eine Milliarde geschätzt. Allein bei Verdun 1916 sollen bis zu 50 Millionen Granaten verwendet worden sein. Die Masse des verwendeten Stahls lag bei 1,3 Mio. Tonnen. Zum Vergleich: Die Stahlkonstruktion des Eiffelturms: 7300 Tonnen.

► **Nicht vergessen** darf man die gesellschaftlichen Kosten der Kriegsgeschäfte (Amputationen, „Kriegszitterer“, Arbeitsunfähigkeit; z.B. hatten viele junge Soldaten keinen Beruf lernen können): ca. 20 Mio. Menschen.

Hölle auf Erden statt Platz an der Sonne

Herrlich klangen im Sommer 1914 die Versprechungen von Kaiser, k.k. Ministerpräsident und Zeitungen. Der Krieg dauere kurz, sei praktisch schmerzlos und eröffne eine Zukunft in Wohlstand & Frieden für alle. Im Vorbeigehen tue man

Doch allzu lange dauerte es nicht, bis ein gewaltiger Leidensdruck einsetzte. Der Tod im Schützengraben (ca. 10 Millionen) hatte im Hinterland seine Ent sprechung: Ca. 7 Millionen Menschen in Europa starben an Hunger, Seuchen und mangelnder medizi-

überwand in atemberaubenden Tempo regionale und nationale Grenzen. Der sogenannte Kapitalexport (im Gegensatz zum bloßen Warenexport früherer Phasen) erschloss neue Märkte und internationalisierte Arbeitsteilung und Rohstoffbereitstellung. Dies ging einher mit Kolonialkriegen inklusive brutalem Rassismus und der Aufteilung der Ressourcen und Regionen dieser Erde unter den führenden Mächten. Mit dem Abschluss dieser Entwicklung um die Jahrhundertwende war der Imperialismus am Ende seiner Expansionsmöglichkeit angelangt. Es gibt eben nur eine Erde.

Gleichzeitig spitzte der Imperialismus nicht nur die Widersprüche zwischen den sozialen Klassen zu. Er verschärfte ebenso die Konflikte der dominierenden wirtschaftlich-politischen Blöcke, Nationalstaaten und altersschwachen Monarchien untereinander. Gebietsmäßige Veränderungen wurden für manche Regimes zentral. Deutschland war zuvor im kolonialen Zeitalter ins Hintertreffen geraten. Österreich-Ungarn hielt außer einem kleinen Fleckchen in der chinesischen Stadt Tianjin überhaupt keine kolonialen Territorien. Das System Kapitalismus, das angeblich alles durch den „freien Markt“ regelt, war nicht einmal in der Lage, die friedliche parallele Existenz von Nationalstaaten zu gewährleisten. Produktion und Verteilung hatten diesen Rahmen im Zuge der im-

Der 1. Weltkrieg bewies auf brutalste Weise die Unfähigkeit des Kapitalismus zu weiterem Fortschritt.

auch etwas Gutes und befreie die Völker des Ostens vom Joch des russischen Kaiserreichs. Da jubelte selbst die Sozialdemokratische Partei und versprach, garstige Dinge wie Demonstrationen und Streiks bleiben zu lassen. Der Kaiser, k.k. Ministerpräsident und die Fabriksherren wüssten schon, wo's lang geht. Die ArbeiterInnen würden brav folgen und kämpfen, so die Parteispitze.

Tatsächlich erschien der Weltkrieg anfangs vielen Menschen sogar als Ausweg aus sozialer Misere und politischem Stillstand. Auch hatten nationalistische Hetze und chauvinistischer Irrsinn Hochkonjunktur. Dass sich die Lage durch den Krieg dramatisch verschlimmern und Millionen 'einfacher' Menschen sich gegenseitig im Interesse der Reichen und Mächtigen abschlachten lassen würden, war leider nur Wenigen am linken Flügel der ArbeiterInnen-Bewegung klar.

nischer Versorgung. Hinzu kamen mehrere Millionen Tote durch Grippewellen und andere Krankheiten in den Kolonien der imperialistischen Länder (v.a. Indien, Afrikanischer Kontinent).

Krieg ist die Folge zugespitzter wirtschaftlicher und sozialer Widersprüche. Die gesellschaftliche Basis im frühen 20. Jahrhundert bildete der Kapitalismus und der ihm innewohnende Konkurrenzkampf. Doch es ist ein besonderes Entwicklungsstadium, in das die Welt eingetreten war. Die Entwicklung im 19. Jahrhundert führte zur Konzentration der Produktion und der Herausbildung von Monopolen (Weltkonzerne, Multis). In diesem Zusammenhang engagierten sich Banken und Versicherungen immer stärker in der Industrie, was zur Entstehung eines neuen Kapital-Typs (Finanzkapital) führte. Der Aufbau moderner Industrien



perialistischen Entwicklung der Globalisierung längst gesprengt, obwohl das Profitssystem gleichzeitig den Nationalstaat weiterhin als Basis und bewaffneten Schutzherrn benötigt. Der Weltmarkt forderte nun Tribut. Ausnahmslos allen imperialistischen Mächten ging es im Krieg niemals um Demokratie, sondern die Neuauftteilung von Kolonien und Einflussphären, Rohstoffen und Ausbeutung der Arbeitskraft. Den

Ausdruck imperialistischer Expansionsbestrebungen

höchsten Preis dafür zahlten in allen Fällen die Massen der Arbeitenden. Es waren Opfer für die Profite der kapitalistischen Eliten und ihres Staatsapparats.

Zum Wahnsinn des Krieges gehörten nicht nur die Gräuel der Schützengräben. Im Fall der US-Armee wird davon ausgegangen, dass ähnlich viele an der „Spanischen Grippe“ starben wie bei Kampfhandlungen der gesamten Infanterie. Genauso gefährlich war die Situation für Jung und Alt zuhause: Allein im deutschen Steckrübenwinter 1916/17 verhungerten mehr als 750.000 Menschen. Jegliche Verschlechterung der Versorgungslage traf ArbeiterInnen und städtische Bevölkerung besonders hart. Viele Landwirtschaften waren entweder infolge der Kriegsbedürfnisse handlungsunfähig oder es wurde spekuliert.

Die Preise für Lebensmittel erfuhren absurde Preissprünge nach oben. HändlerInnen bedienten lieber den Schwarzmarkt und bereicherten sich an der Not Anderer. Auch führte ein solcher Krieg vor Augen, wie international vernetzt Produktion und Handel sind. Eine vollständig autarke nationale Versorgung für zig Millionen ist langfristig gar nicht mehr möglich. Der Mangel an Verpflegung ändert die Stimmung grundlegend.

beiterInnen dieser Länder erhielten das Privileg, sich ab nun für eine Weltmacht ausbeuten zu lassen.

Die bürgerlichen Eliten schlügen sich ab 1914 endgültig nicht mehr mit Humanismus und Aufklärung herum. Unauslöschlich war bewiesen, dass sie zur Verteidigung ihrer Privilegien zum massenhaften Abschlachten von Menschen bereit und fähig sind. Doch genau diese Herrschenden präsentierte den Weltkrieg doch als „letzten notwendigen Krieg“. Wir erinnern uns: angeblich dauerhafter Wohlstand und Frieden im Kapitalismus.

Die Prognose von MarxistInnen gründete hingegen auf handfesten Überlegungen: Wenn bei globaler Arbeitsteilung der bürgerliche Nationalstaat und das private Eigentum in Industrie und Finanz bestehen bleiben, dann werden alle Widersprüche, die VOR dem Ersten Weltkrieg existiert haben NACH diesem ebenso vorhanden sein und erneut einen Ausweg suchen. Die Optionen verdichteten sich zur Alternative Systemwechsel oder Weltkrieg. Den Niederlagen der sozialistischen Revolutionen ab 1918 folgten durchwegs Massenarmut, chronische Arbeitslosigkeit (v.a. der Millionen Kriegsheimkehrer), politische Instabilität sowie die erneute Zunahme diktatorischer Tendenzen. Nur 20 Jahre später begann ein noch größerer Weltkrieg mitsamt der industriellen Massenvernichtung durch den Faschismus.

Franz Neuhold



Marx aktuell

Als der 1. Weltkrieg ausbrach, galt die deutsche Sozialdemokratie als größte, am Besten organisierte und theoretisch bestgeschulte Massenorganisation von ArbeiterInnen weltweit. Entsprechend groß waren die Erwartungen, die bei Proklamation des Krieges SozialistInnen überall in sie setzten.

Das war der große Krieg, den linke SozialdemokratInnen seit Jahren als sichere Folge der wirtschaftlichen Konkurrenz und des Wettrüstens zwischen den Großmächten vorhergesagt hatten. Noch 1912 hatten deutsche und österreichische SozialdemokratInnen auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Basel feierlich geschworen, im Fall des Kriegsausbruchs alles zu tun, um den Krieg durch energischen Protest, Streiks und Demonstrationen zu ersticken.

Der Verrat der Sozialdemokratie 1914

Als nun der Ernstfall eintrat, blieben nur leere Phrasen. Nicht nur, dass die Sozialdemokratie nichts tat, um die ArbeiterInnen zum Widerstand gegen den Krieg aufzurufen. Nein, sie trat offen auf die Seite der imperialistischen Kriegsfaktion über: Die SPD bewilligte im Reichstag die für den Angriffskrieg notwendigen Kredite, und deutsche wie österreichische Sozialdemokratie stimmten dem „Burgfrieden“ zu, der beide Länder für die Dauer des Krieges in eine Militärdiktatur verwandelte, in der Streiks, Demonstrationen und Agitation für den Frieden verboten waren. Begleitet wurden diese Maßnahmen von einem scharfen Kurswechsel der sozialdemokratischen Presse: Sie fiel in nationalistische Kriegsbegeisterung und rief die Arbeiter zu den Schlachtfeldern um für die Profitinteresse ihrer AusbeuterInnen gegen französische, englische und russische Arbeiter zu kämpfen.

Die sozialdemokratische Bürokratie hatte sich in den Jahren zuvor immer mehr in den bürgerlichen Staat eingefügt und auf dessen Erhalt und Reformierung statt revolutionäre Veränderung gesetzt. Das führte in Konsequenz zur Opferung von Millionen ArbeiterInnen. So groß war das alte Ansehen der SPD, dass Lenin die Meldung von ihrer Bewilligung der Kriegskredite nicht glauben wollte und für Propaganda hielt.

Aber es regte sich bald Widerstand. Parteilinke wie Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Clara Zetkin prangerten den beispiellosen Verrat ihrer Parteispitze scharf an, und 1915 versammelten sich auf dem Zimmerwalder Kongress linke SozialistInnen aus ganz Europa, um sich der sozialdemokratischen Kriegspolitik entgegenzustellen, darunter Lenin und Trotzki, der den ArbeiterInnen Europas zurrief: „Proletarier! Seit Ausbruch des Krieges habt ihr eure Tatkraft, euren Mut, eure Ausdauer in den Dienst der herrschenden Klassen gestellt. Nun gilt es, für die eigene Sache, für die heiligen Ziele des Sozialismus, für die Erlösung der unterdrückten Völker wie der geknechteten Klassen einzutreten durch den unversöhnlichen proletarischen Klassenkampf.“

Die 2. Internationale zerbrach an der Frage, doch es entstanden oder erstarkten bald linke ArbeiterInnenparteien, die mit der Sozialdemokratie brachen, sich in der 3. Internationale zusammenfanden. Sie traten (bis zu ihrer stalinistischen Degeneration) für den Sturz des Kapitalismus ein, der immer wieder den Krieg bringt: Die Bolschewiki in Russland, in Deutschland erst die USPD, dann die KPD, die die ArbeiterInnen 1917 bzw. 1918 in der Revolution führten.

Fabian Lehr



Wandlung der Dynamik von außen nach innen

Mit dem Satz „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“ begrüßte der deutsche Kaiser Wilhelm II. die Kapitulation der sozialdemokratischen Parteiführung 1914. Der „Burgfrieden“ sollte die Klassenkonflikte für die Zeit des Krieges beseitigen. Er konnte sie

abzuschieben. So hieß es im entsprechenden Polizeibericht mit unverhohlenem antisemitischem Unterton, dass die „Propaganda hauptsächlich auf international-jüdischem Wege betrieben“ würde. Die Streiks waren aber nur die Ouvertüre. Nachdem im Sommer 1918 die letzten von vielen

archien fielen, wie der russische Revolutionär Leo Trotzki es formulierte „bei der Erschütterung wie eine faule Frucht“. Unter dem Druck der Massen, die Frieden, Nahrung und demokratische Rechte wollten, kollabierte die jahrhundertealten Dynastien und Staaten der Romanows,

Garde den weißen Streifen aus der rot-weiß-roten Fahne rissen, wurden sie vom sozialdemokratischen Ordnerdienst beschossen.

Der sozialdemokratischen Führung war nichts an einer Weiterführung der Revolution gelegen. Dazu der Parteiführer Otto Bauer: „Keine bürgerliche Regierung hätte diese Aufgabe [die Massen zu beruhigen; Anm.] bewältigen können. Sie wäre binnen acht Tagen durch Straßenaufmarsch gestürzt, von ihren eigenen Soldaten verhaftet worden. Nur Sozialdemokraten konnten diese Aufgabe von beispielloser Schwierigkeit bewältigen. Nur Sozialdemokraten konnten wild bewegte Demonstrationen durch Verhandlungen und Ansprachen friedlich beenden, die Arbeiterklasse von der Versuchung zu revolutionären Abenteuern abhalten.“

Der Kaiser, dem die sozialdemokratische Parteiführung so lange die Treue hielt, hatte sein altes Reich in den Untergang manövriert. In der Verzweiflung des Krieges und der Not standen die ArbeiterInnen und Soldaten auf, um das morsche System zu beseitigen. Die Erfolge waren groß, aber ebenso der Verrat der so-

Man sagt, dass „der Krieg aller Dinge Vater“ sei. Im 20. Jh. brachte er die Revolution hervor.

jedoch bestenfalls für eine kurze Zeit übertünchen und unterbinden. Mit zunehmendem Hunger und Vereindung in der Heimat und ausbleibendem Erfolg an der Front endete auch die Illusion in die „herrlichen Zeiten“, die der Kaiser versprochen hatte. Ab Ende 1915 kam es zu ersten Streiks und Demonstrationen von hungrigen ArbeiterInnen, in Heer und Marine rumorte es.

Zur vorerst größten Anti-Kriegs-Demonstration kam es in Österreich im Mai 1917. Am 22. Jänner 1918 folgten v.a. in der Rüstungsindustrie massive Streiks gegen die katastrophale soziale Lage und für Frieden. Die k.u.k. Polizei versuchte diese Erhebungen noch auf traditionelle Sündenböcke

„Entscheidungsschlachten“ im Sand verlaufen waren, kollabierte das Heer. Die Soldaten stimmten mit den Füßen gegen den Krieg und zogen sich selbstständig in die Heimat zurück. Räte wurden gewählt – ursprünglich um den Rückzug zu organisieren, später als revolutionäre Organe. Auch ArbeiterInnen wählten Räte und gingen auf die Straße.

Der Krieg hatte die innere Schwäche des alten Regimes offenbart. Mit seinem Fortschreiten und ohne Aussicht auf den „Siegfrieden“ brachen die nur oberflächlich verputzten sozialen und nationalen Konflikte auf. Die äußere Dynamik verwandelte sich in die innere, der Krieg schlug in die Revolution um. Die alten und morschen Mon-

Habsburger und Hohenzollern. Nachdem sie ihre Untertanen vier Jahre für Kaiser, Gott und Vaterland hatten bluten lassen, entschlossen diese sich, in Zukunft auf derartige Herrscher verzichten zu können und das Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.

Ein Großteil der ArbeiterInnen und Soldaten wollte aber beim Sturz der Monarchie und, insbesondere in der Tschechoslowakei, nicht bei nationaler Unabhängigkeit stehen bleiben. Am 12. November 1918, als die Republik Deutschösterreich ausgerufen wurde, versammelten sich Hunderttausende mit einem Transparent mit der Aufschrift „Hoch die sozialistische Republik“ vor dem Parlament. Als Angehörige der revolutionären Roten

zialdemokratischen Führung und die Möglichkeiten, die verspielt wurden.

Die Absetzung der Habsburger, das Frauenwahlrecht, Meinungs-, Vereins- und Versammlungsfreiheit wurden damals erreicht. Die Arbeitszeit wurde begrenzt, Betriebsräte institutionalisiert und das Sozialsystem verbessert. Zugeständnisse der Bürgerlichen angesichts der drohenden Revolution. Doch bereits 1919, nach dem Abflauen der revolutionären Welle, wurden die Sozialdemokraten wieder aus der Regierung gedrängt. Das Weiterbestehen des Kapitalismus ermöglichte den Bürgerlichen nicht nur die Rücknahme des „revolutionären Schutts“, sondern brachte auch 15 Jahre später den Faschismus an die Macht und besiegelte damit das Aus der Errungenschaften. Der Sturz des Kapitalismus war möglich. Es gab revolutionäre Erhebungen in Russland, Ungarn und Bayern, ein Schulterschluss hätte die Geschichte Europas verändert, hätte uns die Entwicklung des Stalinismus, die Weltwirtschaftskrise der 1920er Jahre und in späterer Folge einen weiteren Weltkrieg und die Barbarei der Nazis erspart.

Jan Rybak

Aluhut statt Marxismus?

Die **deutschen** Montagsdemos sind mittlerweile zur Institution geworden – und nun auch in Wien zu finden. Die oftmals alternativ aussehenden Jugendlichen, die dafür Flyer verteilen, sehen aus, als würden sie für eine stinknormale linke Demo werben. Von Frieden und Demokratie ist da die Rede, auch ein Hauch von Systemkritik scheint mitzuschwingen.

Beim Besuch einer Montagsdemo merkt man jedoch, dass dort nicht Frieden und Demokratie sondern konfuse VerschwörungstheoretikerInnen – schlimmstenfalls Nazis – anzutreffen sind. Von Chemtrails (nicht Eingeweihten nur als Kondensstreifen bekannt) ist oft die Rede: Diese wären ein Instrument einer „Elite“ zur Gehirnwäsche der Bevölkerung. Diese Elite sind, je nach politischer Heimat der VerschwörungstheoretikerInnen: JüdinInnen, BunkerInnen, Illuminati oder auch „die EU“ bzw. „der Westen“.

Hier zeigt sich der rückschrittliche Charakter dieser Theorien. Komplexe Fragen werden nur mit kruden Schuldzuweisungen beantwortet. Auf reale Probleme der ArbeiterInnenklasse, wie Massenarbeitslosigkeit, Arbeitszeitverlängerungen, Sparpakte im Bildungs- und So-

Berenike Spilka

zialbereich und ständig sinkende Reallöhne wird nicht eingegangen. Teilweise werden reale Phänomene aufgegriffen, wie etwa Manipulation durch Medien. Doch dahinter steckt dann wieder die verschworene „Elite“. Die jetzige Krise ist eine notwendige Auswirkung des kapitalistischen Systems. Nicht für die VerschwörungstheoretikerInnen. Für sie ist diese globale Krise ein diabolischer Plan der „Elite“ mit Hilfe der amerikanischen Federal Reserve. Der „gute“ Kapitalismus wird bloß vom „bösen“ (jüdischen) Finanzkapital gestört, hört man da rasch. Der Schulterschluss nach ganz rechts findet hier dementsprechend häufig statt.

All das macht Verschwörungstheorien so gefährlich. Sie bieten für reale Probleme verkürzte Scheinanalysen. Sie bieten keine Lösungen und stellen sich damit diesen effektiv in den Weg. Ein Schelm wer Böses dabei denkt! Doch auch ohne Weltverschwörung sind diese Theorien im besten Fall unterhaltsamer Blödsinn, im schlimmsten Fall helfen sie jedoch der herrschenden Klasse Menschen, die Widerstand leisten wollen, in die Irre zu führen anstatt den Kampf gegen den Kapitalismus zu führen.

Berenike Spilka

#BringBackOurGirls – aber bitte nicht nach Österreich!

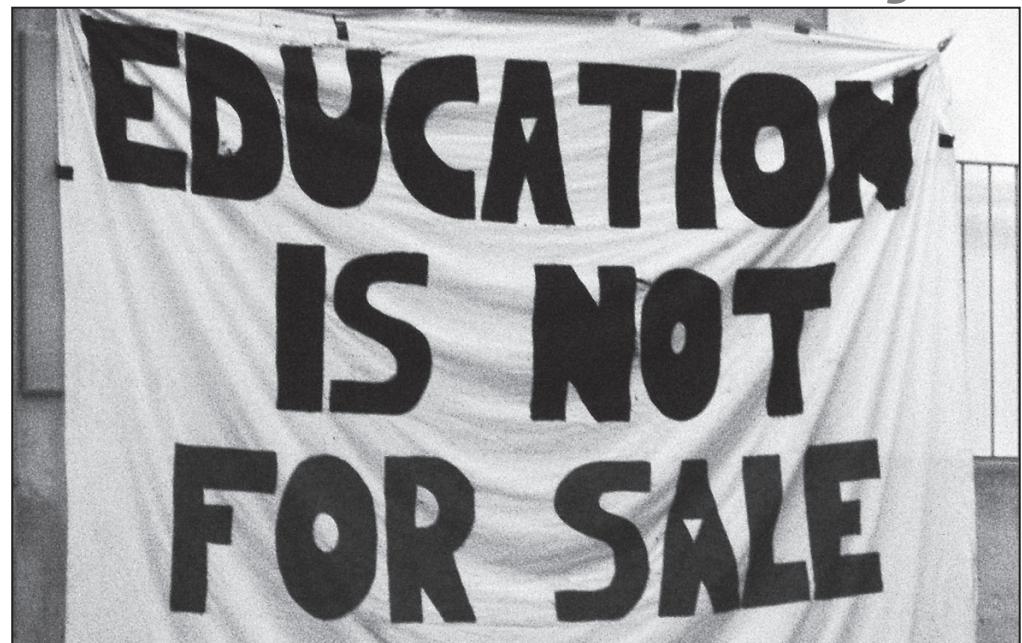


#ICH SCHIEBE
NACH
NIGERIA AB

Am 14. April entführte die Boko Haram in Nigeria 200 Schülerinnen. Um darauf aufmerksam zu machen, wurde eine Kampagne gestartet, bei der sich Leute fotografieren sollen, die einen Zettel mit der Aufschrift: #BringBackOurGirls in der Hand halten. Unter jenen, die denken, dass so etwas eine sinnvolle Hilfe für die Mädchen und ihre Familien sind, finden sich auch Österreichs FrauensprecherInnen, von der FPÖ

bis zu den Grünen sind alle dabei. Die FPÖ versucht ihre Anti-Islamhetze mit scheinheiligem Mitleid zu verbinden. Denn sie will mit „Kopftuchverbot“ Mädchen aus dem Regelunterricht ausschließen – Boko Haram würde es freuen. Und die ÖVP und Mikl-Leitner: „#BringBackOurGirls – aber bitte nicht nach Österreich. Asylbescheide für Nigerianer werden fast immer abgelehnt.“ (raketa.at)

Sarah Krenn



Effiziente Geldvernichtung

Im Jahr 2008 wurde das BIFIE (Bundesinstitut des Bundesministeriums für Bildungsforschung, In-

zierung des BMUKK für das BIFIE auf das Doppelte an. Die öffentlichen Gelder, die das BIFIE finan-

Nazi-Texte in der Matura auf und der Benotungsschlüssel wird einfach so verändert.

Doch anstatt öffentliche Gelder für die Beschaffung von Posten zu ver(sch)wenden, müssen die wirklichen ExpertInnen entscheiden: Die SchülerInnen und LehrerInnen. Sie sind inmitten des Bildungssystems und können anhand ihrer praktischen Erfahrung ein demokratisches, soziales und gerechtes Bildungswesen gestalten. Doch das wird nicht gewünscht: Um neoliberalen Bildungslogik umzusetzen, greift der Staat lieber auf private Institutionen zurück.

Stefan Reifberg

Das BIFIE ist ein typisches Beispiel für das Unwesen der Ausgliederungen

novation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens) aus dem Unterrichtsministerium (BMUKK) ausgliedert. Wenngleich das offizielle Ziel eine Effizienzsteigerung war, sieht die Realität anders aus. Anstatt Ressourcen zu sparen, stiegen die Ausgaben stetig. Im Zeitraum von 2008 bis 2010 stieg die Finan-

zieren, fließen dann unter anderem in zwei Direktoren, neun Aufsichtsratsmitglieder und sieben ExpertInnen.

Dafür werden dann Arbeiten des Ministeriums erledigt. Die Qualität lässt zu wünschen übrig. Da werden mal eben die Daten von 400.000 SchülerInnen und LehrerInnen verloren oder es tauchen

Fundstück des Monats Wer gibt eigentlich Arbeit?

Der WKO ist offenbar keine Gelegenheit zu blöd, um arbeiterInnenfeindliche Parolen zu schwingen. Selbst den 1. Mai deuten sie jetzt zum „Tag der Arbeitgeber“ um. Tatsächlich sind UnternehmerInnen natürlich die wahren „Arbeitnehmer“ – sie nehmen die Arbeit, die wir ihnen geben, um auf unsere Kosten Profit zu machen!



100 UnternehmerInnen und Unternehmer
haben mehr als 2,4 Millionen Arbeitsplätze.
wünschen Ihnen einen schönen 1. Mai!

WKO
WIRTSCHAFTSKAMMER OÖ



England & Wales: Linke Alternative im Aufbau

Bei den **Lokalwahlen** in England & Wales Ende Mai gab es erstmals seit 1945 eine breit antretende linke Alternative. TUSC erzielte mehr als 65.000 Stimmen. Ein Ex-Labour Gemeinderat, Keith Morell, hat erfolgreich sein Mandat verteidigt. Er erhielt 1.654 Stimmen (43%) in seinem

müssen trotz Job von Essensmarken und sozialen Ausspeisungen leben. Mit der Kürzung der Gemeindebudgets hatten Labour geführte Gemeinden zwei Möglichkeiten. Entweder sie bauen wie der von Militant (Vorgängerin der SP) geführte Liverpool Council in den 1980ern eine

Die Socialist Party war die Erste, die die Verbürgerlichung der Labour Party Anfang der 90er-Jahre erkannte. Bei Labour gibt es heute kaum noch GewerkschaftsaktivistInnen oder einfache Menschen. Demokratische Strukturen wurden abgedreht. Es ist nötig, eine neue Partei der

musste mehrmals mit der Abspaltung von Labour drohen. Doch noch fährt Unite die Strategie, Labour für normale Menschen zurückzuerobern. Ob das erfolgreich ist, ist mehr als fraglich, besonders seit Labour Unite die Polizei auf den Hals gehetzt hat. Grund waren angebliche Unregelmäßigkeiten in Falkirk/Schottland, wo Unite-Mitglieder versucht hatten, die Partei zu verändern und damit scheiterten. Eine weitere Bestätigung, dass Labour nicht zurückgewinnbar ist. Wir meinen, Unite sollte ebenfalls für eine neue Partei kämpfen. Aber wir warten nicht darauf, dass die GewerkschaftsführerInnen ihren Kurs ändern. Wir führen die Debatte an der Basis. Für die TUSC kandidierten 49 Mitglieder der RMT, 137 von Unite und viele aus anderen Gewerkschaften. Weitere KandidatInnen sind streikende PflegerInnen sowie junge Menschen aus verschiedenen Kämpfen.

Wie notwendig eine politische Alternative ist, zeigt sich am Aufstieg der rechtspopulistischen UK Independence Party (UKIP). UKIP mixt vage Antiestablishment-Slogans mit Rassismus und

TUSC hat das Potenzial, ein Meilenstein im Kampf für den Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei zu sein.

Wahlkreis. UKIP und Labour verwies er auf die Plätze. In Coventry wurde TUSC-Vorsitzender Dave Nellist mit 27% Zweiter. In zehn Gebieten erzielten KandidatInnen je mehr als 2.000 Stimmen. Alleine das Antreten der TUSC war ein großer Fortschritt. Sie hat das Potential, Meilenstein im Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei zu sein.

Seit der Bildung der Koalition aus Konservativen und Liberaldemokraten haben sich Attacken auf Soziales, Jobs und öffentliche Dienstleistungen vervielfacht. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 2,5 Millionen. Es gab eine Ausweitung prekärer Jobs und immer mehr Menschen

Massenkampagne auf, die mehr Ressourcen fordert. Oder sie setzen den Spar-Kurs der Tories um. Jede einzelne Labour-Gemeinde hat genau das getan. Nur eine Handvoll Labour-FunktionärInnen leisteten Widerstand. Sie wurden suspendiert oder ausgeschlossen. Zwei dieser Gemeinderäte in Shouthampton, darunter Keith Morell, sind jetzt Mitglieder der SP und traten mit TUSC an. TUSC ruft zum Kampf gegen den Spar-Kurs auf und fordert einen Mindestlohn von 10 Pfund/Stunde, Mietenkungen und die Übernahme von Betrieben in öffentliches Eigentum. Gemeinderäte sollen sich weigern, Kürzungen umzusetzen.

pro Big Business-Politik. Sie versuchen die Spaltungen zwischen ArbeiterInnen zu vertiefen. Eine sozialistische Alternative mit gewerkschaftlicher Basis könnte diese Spaltungen überwinden. Sie könnte Antworten auf Kürzungs-politik geben und zeigen, wie eine sozialistische Zukunft aussehen könnte. Manche Linke sagen, es bringe nichts, vor der Wahl einer neuen Labour-regierung 2015 eine neue Partei aufzubauen, weil sie nur wenig Stimmen bekäme. Das ist ein falscher Zugang. Wir müssen diesen Prozess jetzt beginnen. Wahlergebnisse sind in dieser Phase nicht das entscheidende. Aber wir bauen jetzt Strukturen auf, die den Grundstein für spätere Entwicklungen legen. Es kommt eine Vertiefung der Klassenkämpfe auf uns zu, bereits jetzt häufen sich Streiks. Damit wird die Idee einer politischen Alternative mehr und mehr Fuß fassen. TUSC ist ein Schritt in diese Richtung. Die MarxistInnen der Socialist Party werden in TUSC ein sozialistisches Pro-gramm vorlegen, das den Kapitalismus herausfordert – eine echte Alternative zur Kürzungs-politik.

Paul Hunt,
www.socialistparty.org.uk

„Es brodelt unter der Oberfläche“

Interview mit Festus Okay von Sosyalist Alternatif, der türkischen Schwesterorganisation der SLP.

Bei den Wahlen im März wurde Erdogan gestärkt. Doch nach Soma sieht die Lage anders aus. Wie stabil ist sein Regime?

Wenn man die Wahlergebnisse als Maßstab nimmt, sieht das Regime auf den ersten Blick sehr stabil aus. Aber tatsächlich ist es mehr wie ein Boot, wo ein Loch geflickt wird und das nächste aufreißt und sie nur am Wasserschöpfen sind. Seit dem Gezi-Aufstand ist die Regierung mit Massenprotesten konfrontiert. Dann der Korruptionsskandal rund ums Gülen-Netzwerk. Die Wahlen waren eine kurze Verschnaufpause. Dann kam das Massaker von Soma. Das Neue ist nun, dass die soziale Frage im Vordergrund steht. Damit verändern sich auch langsam die Schichten, die gegen Erdogan auf die Straße gehen. Letztes Jahr waren es noch mehr städtische Schichten und viele Intellektuelle und Kleinbürger, nun werden es mehr ArbeiterInnen. Soma ist eher eine eher konservative Gegend, aber als Erdogan dort war, gab es massive Proteste gegen ihn. Doch das ist ein langsamer Prozess. Der

Streikauftrag z.B. nach Soma wurde zwar teilweise befolgt, aber die Spaltung der ArbeiterInnen entlang ethnisch-religiös-kultureller Linien ist noch ein großes Hindernis. Und Erdogan versucht diese zu vertiefen.

Wie siehst du die Zukunft des Regimes?

Prägend ist eine massive Polarisierung. Die hat durch Soma zugenommen. Wichtig sind die Wahlen im August, bei denen Erdogan seine Macht ausbauen will. Die Frage ist, wie lange Menschen aus den ärmeren Schichten ihn noch unterstützen werden. Selbst Regierungsberater sagen, dass Soma und seine Auswirkungen Menschen erreicht, die Gezi nicht ansprechen konnte. Zur Zeit gibt es aber keine politische Kraft, die diese Wut bündelt und eine Alternative anbietet. Aber wir waren bei den Protesten und haben diese Forderung auch eingebracht. Die Stimmung drückt sich noch nicht in Massendemos aus. Es ist mehr ein Brodeln unter der Oberfläche. Aber selbst wenn es aussieht, als ob es sich kurzfristig stabilisieren kann – mittelfristig wird das Regime zusammenbrechen.



Potenziell explosives Hochwasser

Flut und Erdrutsche in Bosnien treffen eine Million Menschen, ein Drittel des Landes. Bei einer Arbeitslosigkeit von 40 %, Mas-

Aber auch, um den Abbau des Nationalismus zu verhindern, der gerade stattfindet. Denn die Hilfsbereitschaft ist enorm und

Strukturen. Und die überethnische Zusammenarbeit, die jetzt stattfindet, kann in einer Kampagne fortgeführt werden, die die

Das Hochwasser verschlimmert die Situation weiter – kann aber neue Proteste auslösen.

senarmut und mangelnder sozialer Absicherung eine weitere Katastrophe. 2013 und 2014 gab es Massenbewegungen gegen die Folgen der Privatisierungen, die soziale Misere und die Korruption. Diese sind vorerst abgeebbt. Die herrschende Politik und nationalistische Kräfte werden versuchen, das Hochwasser für einen „nationalen Schulterschluss“ zu nutzen, um von der eigenen Korruption abzulenken.

fragt nicht nach Ethnie oder Religion.

Die Opfer der Flut werden von Regierung, Versicherungen und Hilfsorganisationen nur einen Bruchteil ihres Schadens ersetzt bekommen. Die Wut wird wieder aufkochen. Sie kann dort ansetzen, wo die Proteste vorläufig aufgehört haben. Aus den Plena werden Hilfsaktionen organisiert. In Tuzla gibt es Ansätze für neue gewerkschaftliche

vollständige Entschädigung der Flutopfer fordert – und mehr.

Die Wahlen im Herbst werden nichts an der Misere ändern. Die Flut und ihre Folgen können zum Auslöser neuer Proteste werden, die von den letzten gelernt haben, dass es nicht reicht, nur Personen auszutauschen und dass eine Lösung im Rahmen des Kapitalismus nicht möglich ist.

Sonja Grusch

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Der 1. Mai international

Der 1. Mai ist der Kampftag der ArbeiterInnenklasse. Sektionen des CWI nahmen international an Demonstrationen und Protesten teil. Aktuelle soziale Kämpfe standen dabei, wie etwa bei der „United Socialist Party“ (CWI in Sri Lanka), im Vordergrund. Die Demonstration durch die Hauptstadt Colombo war für mehr demokratische Rechte, Rechte und Sozialismus. In Deutschland war das CWI Teil der Demonstrati-

onen in Berlin sowie Hamburg, wo die Polizei brutal gegen die DemonstrantInnen vorging. In Nigeria waren GenossInnen wegen ihres Materials gegen Korruption mit Repression konfrontiert. In Pakistan wurden in 38 Städten Demonstrationen organisiert. Auch in der Türkei, Griechenland, Finnland, Russland, den USA und etlichen weiteren Staaten war das CWI am 1. Mai aktiv auf der Straße.

www.socialistworld.net

Irland: Sozialistin im Parlament

Ruth Coppinger von der Socialist Party (CWI Irland) wurde ins irische Parlament gewählt. Sie ist nun neben Joe Higgins die 2. CWI-Parlamentarierin. Sie wird ihre Position als Sprachrohr für soziale Bewegungen benutzen und nur einen FacharbeiterInnenlohn annehmen. Außerdem schaffte die SP-geführte „Anti-Austerity-Alliance“ einen Durchbruch und gewann 14 kommunale Mandate. Bei den EU

Wahlen gab es leider ein weniger gutes Ergebnis. Aufgrund der sektiererischen Politik der SWP (Linkswende), die lieber zur Profilierung einer eigenen Kandidatin gegen den SP-EU-Parlamentarier Paul Murphy aufstellte, spalteten sich die linken Stimmen und Paul konnte sein Mandat nicht halten, obwohl er 30.000 Stimmen erhielt. Er stellt aber klar: „Das ist erst der Anfang für uns!“

www.socialistparty.ie

WM-Proteste

Die Proteste gegen die Fußball-WM in Brasilien reißen nicht ab. Am 15. Mai fand ein nationaler Aktionstag gegen die WM statt. André Ferrari von LSR (CWI in Brasilien) sprach auf einer Massenversammlung in São Paulo gegen eine Politik, die Hochglanzstadien errichtet, während die Bevölkerung verarmt. LSR steht beim Widerstand gegen die WM in der ersten Reihe.

www.lsr-cit.org/



Die Rolle der Medien im Kapitalismus

Auch der Informationskrieg ist ein Klassenkampf

Medien sind Teil des Überbaus der kapitalistischen Gesellschaft, sie werden zur Aufrechterhaltung des Systems und als Instrument zur Machterhaltung eingesetzt. Medien können als private Unternehmen sehr gut die Interessen der Herrschenden vertreten. Staatliche Medien sind dazu nicht unbedingt nötig. In Griechenland wurde der staatliche Sender ERT kurzerhand geschlossen und die Beschäftigten auf die Straße gesetzt.

Doch Medien sind nicht homogen, sie können kritisch und brisant für die Herrschenden sein (wikileaks) – so brisant, dass JournalistInnen, wie z.B. in Russland, unter Lebensgefahr arbeiten. Es gibt unterschiedlichste Formate, vom kritischen Donnerstalk bis zum braven Musikantenstall, doch alle bleiben im Rahmen des Systems. In Medien spiegelt sich, wie in allen Strukturen des kapitalistischen Überbaus, das Kräfteverhältnis der Klassen, aber auch die unterschiedlichen Interessen verschiedener Teile des Kapitals wieder. Der Mainstream war nach der 68er Bewegung anders als in den 50er Jahren und ist heute anders als nach dem Zu-

sammenbruch des Stalinismus, als Kapitalismus als das „Ende der Geschichte“ schien. Im bürgerlichen kapitalistischen Staat haben wir es mit bürgerlichen Medien zu tun, die die Öffentlichkeit beherrschen und nicht „objektiv“ sein können.

Die Pressefreiheit bietet theoretisch die Möglichkeit, diese Macht anzufechten und ist zu verteidigen. Wenn sie angegriffen wird, ist etwa der Österreichische Journalisten Club zu unterstützen, wenn er eine Ansprechstelle für JournalistInnen einrichtet, die bei antifaschistischen Demonstrationen der letzten Zeit (Proteste gegen Akademikerball und „Identitären“-Demo) von der Polizei behindert oder attackiert wurden. Real wurde die Pressefreiheit mehr von der ArbeitnehmerInnenklasse als vom Bürgertum erkämpft. Sie bleibt aber – wie alle Grundrechte innerhalb des Kapitalismus – sehr beschränkt. „Pressefreiheit ist die Freiheit von zweihundert reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten“ (Paul Sethe, DER SPIEGEL, 5.5.1965). Denn bürgerliche Medien sind Unternehmen und deshalb abhängig von ihren Eigen-

tümern und von Werbeeinschaltungen. Kritischem Inhalt sind dadurch Grenzen gesetzt, da nicht gegen die eigenen EigentümerInnen berichtet werden kann bzw. Investoren nicht vergrault werden dürfen.

Qualität leidet aber auch massiv unter Sparzwang und prekären Beschäftigungsverhältnissen. JournalistInnen bleibt durch schlechte Bezahlung und prekäre Beschäftigung keine Zeit für gute Recherche. Hinter dieser Rolle der Medien steckt kein „Masterplan“, keine Verschwörung und keine Vereinbarung, sondern die ökonomischen Verhältnisse. Der Kapitalismus führt auch bei Medien zu Machtkonzentration, die in Österreich besonders extrem ist. Der Raiffeisenkonzern beherrscht die Medienlandschaft über Mehrheitsanteile am Kurier und über Umwege mit Anteilen an Mediaprint (Krone, Kurier), Verlagsgruppe News und direkt am NÖ Pressehaus. Die der „Katholischer Medien Verein Privatstiftung“ gehörende Styria Media Group (Presse, Kleine Zeitung, Wirtschaftsblatt) beherrscht den Rest. Zusammengefasst wird nahezu der gesamte Medienmarkt von Kirche, Raiffei-

senkonzern und den Familien Dichand und Fellner beherrscht. Pressefreiheit und kritische Berichterstattung sind dadurch sehr eingeschränkt, etwa zur Abtreibungsfrage aufgrund der Machtstellung der Kirche.

Auch vermeintlich „linke“ oder linksliberale Medien zeigen, auf welcher Seite sie stehen, wenn etwa das Amerlinghaus im Falter als „nicht ganz so arm“ bezeichnet und antisemitischer Ton verwendet wird, oder durch „Instrumentalisierungs“-Vorwürfe und RAF-Vergleiche gegen UnterstützerInnen der Flüchtlingsbewegung gehetzt wird. Hetze gegen Flüchtlinge, die sich selbst organisiert haben, um für ihre Rechte zu kämpfen, wurde von bürgerlichen Medien in Gang gebracht, forciert oder kritiklos übernommen. Die staatlicherseits konstruierten „Schlepperei“-Vorwürfe wurden von bürgerlichen Medien ebenso kritiklos und ungeprüft übernommen wie die unwahre Polizeiaussendung zu den Protesten gegen „Akademikerball“ und gegen den Aufmarsch der „Identitären“.

Wo ArbeiterInnen ein Medium übernehmen, kann es zum Kampfinstrument werden, wie bei es bei der griechischen Zeitung „Elefterotypia“ kurzzeitig gelang. Eigene Medien der ArbeiterInnenbewegung sind dringend nötig, nur schreibt der ÖGB in seiner Zeitung lieber über Kochrezepte als notwendige Kämpfe. Der Aufbau von tatsächlich unabhängigen Medien, die nicht profitorientiert arbeiten, sondern sich aus Organisationen der ArbeiterInnenbewegung finanzieren, ist notwendig und möglich. Doch es wäre eine Illusion, zu glauben, die kapitalistische Propagandaschinerie könne durch Gegenmedien in die Knie gezwungen werden. Auch im scheinbar freien Internet haben die Medienkonzerne weit mehr Reichweite als vereinzelte kritische BloggerInnen. Revolutionäre Medien können dem Widerstand auf der Straße, im Betrieb oder in der Schule eine Stimme geben, ihn sichtbarer machen, ihn jedoch nicht ersetzen. Deswegen gibt es nicht nur „Vorwärts“, sondern auch die SLP – Also am besten „Vorwärts“ abonnieren und aktiv werden!

Helga Schröder

SLP-Programm genau erklärt:

„Für wirklich unabhängige Untersuchungen durch VertreterInnen der ArbeiterInnenbewegung (ArbeiterInnen, Betriebsräte, GewerkschafterInnen und KonsumentenschützerInnen).“

Staatliche „Untersuchungen“ führen meistens zu nichts.

Diese Forderung wird von der SLP immer wieder gestellt. Aktuelle Anlässe waren etwa das Grubenunglück in der Türkei oder die Polizeigewalt in Wien bei der Demo gegen die Identitären. Genauso stellen wir diese Forderung bei Korruption, Lebensmittelkandalen oder Bankenrettungen. Der Grund ist, dass UnternehmerInnen, Polizei, Gerichte und Staat in den meisten Fällen

kein Interesse haben, die Schuldigen zu benennen und die tatsächlichen Geschehnisse öffentlich zu machen. Warum sollte der Bergbaukonzern in der Türkei, dessen Geschäftstreibe 301 Menschen zum

Opfer gefallen sind, die Wahrheit sagen, nämlich dass für den Profit alle Sicherheitsmaßnahmen ignoriert wurden? Oder der türkische Staat, wo Teile der Elite Verbindungen zum Konzern haben und Kontrollen verhinderten, um die Gewinne nicht zu gefährden? Die einzigen, die ein Interesse an der Wahrheit haben, sind die ArbeiterInnen selbst. Für sie geht es nicht nur dar-

um, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und Entschädigungen zu erhalten, sondern auch darum, in Zukunft solche Unfälle zu verhindern. Dazu müssen alle Fakten auf den Tisch. Wir fordern aber auch unabhängige Untersuchungen, wenn z.B. Unternehmen „bankrott“ gehen. Dazu braucht es die Offenlegung der Bücher. Die Betroffenen müssen wissen, wer am Unternehmen profitiert hat, und wo hin Gelder geflossen sind. Dass wir solche Untersuchungen nicht staatlich oder privat finanzierten „unabhängigen“ Institutionen überlassen können, zeigt sich in der Lebensmittelbranche: Dort verleihen sich die Supermarktketten mittlerweile ihre eigenen Gütesiegel selbst.

Warum ich bei der SLP bin

Das erste Mal begegnete ich der SLP auf einer Demonstration gegen Strache in Salzburg. Ich traf zufällig auf einen Schüler aus meiner Schule, der mich zur nächsten Ortsgruppe einlud. Obwohl ich am Anfang recht zurückhaltend war, fand ich die Diskussionen und Referate doch sehr spannend.

Ich erwartete mir nur eine kleine linke Gruppe, die sich ideologische Kleinigkeiten mit anderen Lin-

ken liefern würde. Doch all das fand ich nicht vor. Sehr schnell merkte ich, dass die SLP nichts mit Stalinismus und Maoismus am Hut hat.

Sie ist keine von oben herab organisierte Bonzen-Partei, nein im Gegenteil, alle Mitglieder können und sollen bei allen Entscheidungen mitbestimmen und diskutieren.

Sie arbeitet trotz politischer Differenzen mit anderen Organisationen zu-

sammen und schließt Bündnisse:

- Sie ist aktiv.
- Sie ist internationalistisch.
- Sie ist offen für Kritik.
- Sie ist unabhängig.

Deswegen und aus vielen weiteren Gründen bin ich der SLP beigetreten:

- Kampf dem Faschismus!
- Kampf dem Kapitalismus!
- Kampf der Reaktion!

Max Uhlir, 16 Jahre

Neue Broschüre - Leo Trotzki: Russland: Revolution – Frauenbefreiung – Stalinismus

„Die Stellung der Frau ist der anschaulichste und wirkungsvollste Indikator, um die Entwicklung eines sozialistischen Regimes und einer staatlichen Politik einzuschätzen“ – Leo Trotzki, 1938. Das gilt auch heute! Sozialkürzungen treffen Frauen besonders. Bisher kaum zugängliche Texte von Trotzki aus den Jahren 1923-36 behandeln aktuelle Fragen wie Fami-

lien, Mutterschaft, Kultur und Bewusstsein. Die Oktoberrevolution brachte Frauen den Anspruch auf die Verlagerung von Reproduktionsarbeit an die Allgemeinheit und Selbstbestimmung. Mit der Stalinisierung gingen viele Errungenschaften verloren. Der Zusammenhang wird aufgezeigt. Denn die Frauenfrage ist eine Klassenfrage!



60 Seiten, A5 um 4.- Euro
Jetzt Bestellen unter:
www.slp.at

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Wiener Café'
Esplanade Gmunden

NIEDERÖST. & TIROL

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP Wien-West
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
in der 'Libreria Utopia'
15., Preisingasse 26-28/1
(U3 Schweglerstraße)

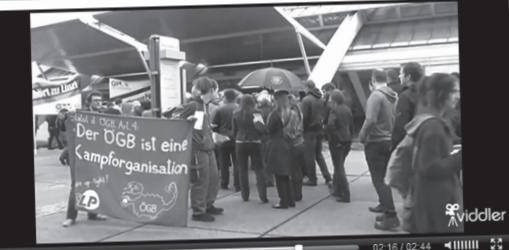
SLP Wien-Nord
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
in der 'Pizzeria La Piazza'
20., Gaussplatz 7
(31 bis Gaussplatz oder
Nähe U4 Friedensbrücke)

SLP Wien-Mitte
jeweils Donnerstag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Kebab-Haus'
4., Operngasse 26
(Nähe Karlsplatz)



Zahlreiche
Termine und
Veranstaltungshinweise
auf www.slp.at

Andere über uns



Die Oberösterreichischen Nachrichten berichteten über den Protestmarsch der Siemens-VAI-Beschäftigten. Natürlich im Bild: Die SLP. Wir unterstützten die Beschäftigten und riefen auf Flyern und mit Transparenten den ÖGB zum Kämpfen auf. Der jedoch verteilte Trauerschleifen! „Wer nicht kämpft, hat schon verloren“ sagte Brecht. Als Motto für GewerkschaftsbürokratInnen war das jedoch nicht gemeint!

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- **Normal-Abo**

€ 14,- **Sozial-Abo** für Menschen ohne eigenem Einkommen ab € 7,-/Monat: **Alles Inklusive Abo** (alle Publikationen der SLP)



VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



1.000 gegen die Identitären

Mehr auf Seite 5

Jetzt erst recht gegen rechts

Die Polarisierung nimmt europaweit zu. Jetzt links aktiv werden!

In ganz Europa findet als Reaktion auf die Krise und die Kürzungspolitik eine Polarisierung statt. Rechtspopulistische bzw. rechtsextreme Parteien wurden in den EU-Wahlen gestärkt. Doch wo existent, haben linke Parteien die Rechten überholt, wie in Spanien oder Griechenland.

In Schweden demonstrieren über 40.000 Menschen gegen rechte Gewalt. In Dresden wurde der ehemals größte Neonazi-aufmarsch Europas dieses Jahr durch Gegenproteste fast komplett verhindert. Auch in Österreich nimmt der antifaschistische Widerstand zu. Hier müssen wir weiter gehen und versuchen, breitere Schichten zu involvieren. Denn Nati-

onalismus bietet keinen Lösungen, keinen Ausweg aus der Krise. Es liegt an SozialistInnen, europaweit Alternativen aufzubauen, um Kämpfe zu initiieren, organisieren und zu führen. Nur so kann verhindert werden, dass immer mehr Menschen, frustriert von den etablierten Parteien, zu den Rechten überlaufen. Nach den Wahlen werden schlimme Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse folgen, denn die Krise ist noch lange nicht vorbei. ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche müssen sich über Ländergrenzen hinweg genau dagegen wehren – der beste Schutz gegen rechte Hetzer!

Sedef Yavuz,
Christoph Glanninger



- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbefristeten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitäler in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.